

Universitätsstadt Tübingen
Geschäftskreis des Baubürgermeisters
Brasam-Schmidt, Cornelia Telefon: 07071-204-2202
Gesch. Z.: 02R/

Vorlage 805/2017
Datum 08.11.2017

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung**

Betreff: **Aufbau einer zentralen Vergabestelle im Baudezernat**

Bezug:

Anlagen: 0

Zusammenfassung:

Die Bauverwaltung plant die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle für das Baudezernat. Das Wissen über die immer komplexer werdenden vorgeschriebenen Vergabeverfahren sollen in einer Vergabestelle gebündelt vorgehalten und die komplizierten Abläufe regelhaft und routinemäßig durchgeführt werden können.

Bis Frühjahr 2018 wird ein Konzept erstellt, in dem Aufgaben und Verfahrensabläufe einer funktionsorientierten Vergabestelle beschrieben und mit den betroffenen Fachbereichen abgestimmt sind. Auf dieser Basis wird über die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle im Baudezernat entschieden.

Hierzu beantragt die Bauverwaltung die Schaffung einer neuen Planstelle im Haushalt 2018, die jedoch erst besetzt werden soll, wenn ein überzeugendes Konzept erarbeitet wurde.

Ziel:

Mit der Schaffung dieser zentralen Vergabestelle soll die rechtssichere Durchführung städtischer Vergabeverfahren unter kompetenter Anwendung des sich beständig wandelnden Vergaberechts sichergestellt werden.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Das Baudezernat hat im Rahmen des Kostendämpfungsprogramm über Schnittstellen und Prozessoptimierung im Dezernat diskutiert. Hierbei wurde insbesondere das immer komplexer werdende Vergaberecht thematisiert. Zur Zeit werden in allen Fachbereichen mit eigenem Personal Vergabeverfahren durchgeführt. Im Vergaberecht haben sich in letzter Zeit weitgehende Änderungen ergeben, z.B. die vorgeschriebenen europaweiten VGV-Verfahren zur Vergabe von umfangreicheren Planungsleistungen. Auch wird der administrative Aufwand bei Vergaben nach VOB immer größer. So wird zum Beispiel die vollständige elektronische Vergabe zur Pflicht für öffentliche Auftraggeber ab Oktober 2018.

2. Sachstand

Wird die bisherige Aufgabenverteilung beibehalten, bedeutet dies hohe Ausgaben für externe Verfahrenssteuerer sowie intensiven Schulungsbedarf für viele städtische Projektleiterinnen und -leiter, um die rechtssichere Durchführung von Verfahren zu gewährleisten. Diese Zeit – sowie auch die Zeit der Verfahrensbetreuung – verringern die verfügbare Arbeitszeit für tatsächliche Projektarbeit.

Es wird davon ausgegangen, dass eine Stelle, die sich intensiv mit allen Vergabeverfahren beschäftigt, deutlich sicherer im Umgang mit den Verfahren und somit auch schneller in deren Umsetzung sein wird. Eine Vergabestelle kann die übernommenen Aufgaben routinierter und somit effektiver durchführen, da die Einarbeitung in sich ändernde Richtlinien, Vorgaben und Förderprogramme nicht für jedes Einzelprojekt und bei vielen Personen geleistet werden muss, sondern Synergien für alle durchzuführenden Verfahren entstehen. Die Beauftragung externer Verfahrenssteuerer kann voraussichtlich reduziert werden.

Das Wissen über die Regelverfahren soll daher zusammengefasst und deren Durchführung im Baudezernat gebündelt gesteuert werden.

Darüber hinaus besteht großer Bedarf an juristischer Unterstützung in vergaberechtlichen Fragestellungen und bei der Klärung von eingehenden Forderungen unserer Auftragnehmer.

Die Bauverwaltung plant daher, eine zentrale Vergabestelle für das Baudezernat einzurichten, die sämtliche formalen, rechtlichen und verwaltungstechnischen Verfahren übernimmt; insbesondere:

- die formale Steuerung und Durchführung von Vergabeverfahren
- die formale Steuerung und Durchführung von Wettbewerbsverfahren
- die Formulierung und den Abschluss von Architekten- und Ingenieurverträgen
- vergaberechtliche und juristische Unterstützung bei Nachtragsklärungen und Streitigkeiten

Die zentrale Vergabestelle soll die rechtssichere und wirtschaftliche Durchführung von Vergabeverfahren gewährleisten und die Fachämter in komplexen vergabe- und vertragsrechtlichen Fragen beraten und unterstützen.

3. Vorgehen der Verwaltung

Die Bauverwaltung wird im nächsten halben Jahr die notwendigen Strukturen erarbeiten und sinnvolle Verfahrensabläufe ausgestalten und überprüfen. Sollte sich bestätigen, dass die erwarteten Effizienzsteigerungen im Ablauf der Verfahren nachhaltig erreichbar sind, wird die Verwaltung die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle vorschlagen. In diesem Fall werden die Aufgaben der für den Haushalt 2018 vorläufig in E12 beantragten zusätzlichen Personalstelle konkret beschrieben und bewertet. Vor einer Ausschreibung der Stelle wird dann mit Beteiligung der Gremien abschließend über die Ausschreibung der Stelle entschieden.

4. Lösungsvarianten

Die Vergaben werden weiterhin dezentral von Fachbereichen durchgeführt.

5. Finanzielle Auswirkungen

Die Vergabestelle soll mit bereits bestehenden Personalkapazitäten (E8) aus den Abteilungen sowie einer neu zu schaffenden Personalstelle (voraussichtlich E 12) ausgestattet werden.

Es wird davon ausgegangen, dass die Vergabestelle durch Bündelung von Wissen und Routine die anstehenden Vergabeverfahren mit geringerem Personaleinsatz als bisher durchführen kann. In den Fachbereichen werden Kapazitäten für die Durchführung von Projekten frei.

Trotz zusätzlich notwendiger personeller Ausstattung der Vergabestelle könnte diese (neben allen anderen Vorteilen) demnach durch Optimierung von Prozessen zu einer Effizienzsteigerung der Bauverwaltung im Sinne des Kostendämpfungsprogrammes beitragen. Außerdem entfallen oder reduzieren sich die Kosten für die externe Steuerung von Auswahl- und Wettbewerbsverfahren sowie nicht genau bezifferbare Kosten für anwaltliche Vertretung in Vergabe-Rechtsstreitigkeiten.